

Protokoll

Nr. XII/20/2019

der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses

vom Dienstag, dem 04.06.2019

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:35 Uhr

I. Vorsitzende

Zunke, Sandra

II. Die weiteren Ausschussmitglieder

Bohne, Günter
Bolz, Ulrike
Bosch, Corinna
Feisel, Susanne
Gerstenberg, Petra
Henrici, Monika
Meyer, Horst
Roepke, Thomas
Weber, Matthias

III. Von der Stadtverordnetenversammlung

Gemander, Reinhard
Dr. Göbel, Jürgen
Moses, Andreas
Schirner, Regina
Töpferwien, Bernd

IV. Vom Magistrat

Büttner, Bernhard

V. Von der Verwaltung

--- Feldmann, Viola

VI. Als Gäste

--- Lippert, Helga Seniorenbeirat
Usener-Eichner, Beate Ev. Kirchengemeinde Hausen – Westerfeld
Homm, Josef AG Siedlungsentwicklung
Dittmar, Christoph AG Gewerbe, Einzelhandel + Gastronomie
Eckhardt, Raphael AG Neue Mitte
Herr Mally AG Verkehr + Mobilität
Müller, Gerd Freizeit, Naherholung, Tourismus + Sport
Schulze, Friederike Klima + Umwelt

VII. Schriftführer

Vogel, Frank

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie wird wie folgt erledigt:

1. Genehmigung des Beschluss-Protokolls Nr. XII/19/2019 über die Sitzung des Sozialausschusses am 02.04.2019

Beschluss

Es wird beschlossen, das Protokoll Nr. XII/19/2019 über die Sitzung des Sozialausschusses am Dienstag, den 02.04.2019 zu genehmigen.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

2. Bericht aus den Kindertagesstätten der freien und kirchlichen Träger

Ev. Kiga Anspach

Es musste ein neuer Sollstellenplan erstellt werden, da eine Erzieherin gekündigt hat. Da es keine Modulbuchung über 15.00 Uhr gibt ist das bestehende Personal nach dem Sollstellenplan ausreichend.

Zurzeit sind 44 von 45 Plätzen belegt.

In den Sommerferien beginnt die Baumaßnahme. Die Fertigstellung soll mit einem Fest und Namensgebung erfolgen.

Ev. Kiga Hausen

Die aktuelle Belegung ist aufgrund einer Sondergenehmigung 52 und ab 01.08.2019 werden es dann 50 Kinder sein.

Die Westerfelder Gruppe ist auch voll besetzt mit 15 Kindern.

Es gibt eine Warteliste, in der insbesondere die Naturgruppe sehr gefragt ist.

VzF Taunus

Die Steuererklärungen der letzten Jahre müssen überarbeitet werden, da es eine andere gesetzliche Zuordnung innerhalb der Verbrauchsmittel bei Veranstaltungen gibt.

In unterschiedlichen Städten und Gemeinden werden aktuell Gespräche über die Öffnung weiterer Einrichtungen geführt.

3. Beratungspunkte

**3.1 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben durch den Hochtaunuskreis
Vorlage: 114/2019**

Es hat keine Wortmeldung gegeben.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anlage zur Vorlage XII/114/2019 bildende Verwaltungsvereinbarung über die Übernahme von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) mit dem Hochtaunuskreis, vertreten durch den Landrat als örtliche Ordnungsbehörde, abzuschließen.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**3.2 Zusammenlegung der Ev. Kindertagesstätten "Regenbogenland" Hausen und "Feldmäuse" Westerfeld Abschluss eines neuen Kindertagesstättenbetriebsvertrages
Vorlage: 134/2019**

Frau Usener-Eichner erklärt den aktuellen Sachstand. Es gab im April eine Gemeindeversammlung in der sich mehrheitlich für den Erhalt der Zusammenführung in Hausen ausgesprochen wurde. Im Mai hat der Kirchenvorstand denselben Beschluss gefasst. Sie berichtet weiter von einer hohen Zufriedenheit der Eltern mit der Betreuung.

Angemerkt wurde § 4, in dem 2 Sitze mit Stimmrecht im Kindergartenausschuss ausgewiesen sind und in der Vergangenheit aber ein Dritter ohne Stimmrecht teilnehmen konnte.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass dies mit in den Vertrag aufgenommen werden soll. Weitere Hinweise sind, dass die Nutzung des Gebäudes Usinger Str. 51 nicht aus den Augen verloren wird, sowie die Abrechnung des Ev. Kindergartens Westerfeld, zeitnah erfolgen soll.

Beschluss:

Es wird beschlossen, mit der Ergänzung unter § 4, mit der Ev. Kirchengemeinde Hausen den nachfolgenden Kindertagesstättenbetriebsvertrag für die Ev. Kita „Regenbogenland“, Hauptstraße 69, Neu-Anspach, abzuschließen. Gleichzeitig treten alle bisherigen Verträge mit der Kirchengemeinde Hausen und Westerfeld außer Kraft.

Kindertagesstättenbetriebsvertrag

Zwischen

der Stadt Neu-Anspach, vertreten durch den Magistrat
vertreten durch den Bürgermeister Thomas Pauli und den 1. Stadtrat Dr. Gerriet Müller

- nachfolgend Stadt genannt -

und

der evangelischen Kirchengemeinde Hausen
vertreten durch den Kirchenvorstand

- nachfolgend Kirchengemeinde genannt -

wird folgendes vereinbart:

Präambel

Stadt und Kirchengemeinde schließen diesen Vertrag mit dem Ziel, auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII sowie des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) ein bedarfsorientiertes, angemessenes Betreuungsangebot zur frühkindlichen Bildung in einer Tageseinrichtung für Kinder vorzuhalten. Basierend auf den bundes- und landesgesetzlichen Regelungen sind die kirchengesetzlichen Regelungen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau maßgebliche Grundlage dieses Vertrages. Die Kindertagesstätte ist ein für das Gemeinwesen offenes Angebot der evangelischen Kirche. Sie hat das Ziel, Familien in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen und zu ergänzen. Dies geschieht in partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Beteiligten. Für die Rechtsgültigkeit des Vertrages ist die kirchenaufsichtliche Genehmigung erforderlich.

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Kirchengemeinde ist Trägerin der Evangelischen Kindertagesstätte Regenbogenland, Hauptstraße 69, in 61267 Neu Anspach mit derzeit bis zu maximal 65 Plätzen für Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt. Aktuell werden die Kinder in folgender Gruppen-/Altersstruktur betreut. Maßgeblich ist die jeweils gültige Rahmenbetriebserlaubnis:

	Gruppendifinition	Altersstruktur
1	Regelgruppe	3 Jahre – zum Schuleintritt
2	Regelgruppe	3 Jahre – zum Schuleintritt
3	Altersgeöffnete Gruppe	1 Jahr – zum Schuleintritt

Eine Veränderung der Gruppen-/Altersstruktur der Kindertagesstätte und Verlängerungen bei den Öffnungszeiten bedürfen der kirchenaufsichtlichen sowie städtischen Genehmigung.

- (2) Die Gruppengröße richtet sich grundsätzlich nach § 25d Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB). Nicht berührt davon ist die geforderte Reduktion der Gruppengröße aufgrund räumlicher Restriktionen etc.
- (3) In der Kindertageseinrichtung wird täglich Mittagessen angeboten.
- (4) Die Änderung der Betriebserlaubnis gem. §§ 45 bis 48 SGB VIII sollte den Betreuungsnotwendigkeiten der Einrichtung entsprechen und erfordert zuvor die Zustimmung der Stadt.
- (5) Die Tageseinrichtung wird im christlichen Geist nach den Leitlinien der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für die Arbeit in den evangelischen Kindertagesstätten geführt. Unbeschadet der konfessionellen Ausrichtung der Einrichtung werden Kinder ohne Unterschiede der Herkunft, der Konfession und der Staatsangehörigkeit aufgenommen.
- (6) Die Stadt ist Eigentümerin des Grundstücks mit samt dem von ihr darauf errichteten Gebäude. Das gesamte Gebäude einschließlich Inventar und das dazugehörige Außengelände werden der Kirchengemeinde zum Betrieb einer Kindertagesstätte zur Verfügung gestellt. Eine Nutzungsentschädigung wird nicht erhoben.

§ 2 Kinderbetreuung/Aufnahmen

- (1) Die Aufnahmekriterien werden unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen seitens der Kirchengemeinde festgelegt und sind der Stadt gegenüber offen zu legen. Die Anmeldungen sind in das Onlineportal „webkita“, sofern sie nicht direkt von den Eltern über das Portal erfolgt sind, einzupflegen und zu aktualisieren. Die Kindertagesstätte ist grundsätzlich für die Aufnahme von Kindern mit Erstwohnsitz in der Stadt bestimmt und orientiert sich an der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt.
- (2) Kinder mit einem anderen Wohnort als die Stadt Neu-Anspach bedürfen zur Aufnahme in die Kindertagesstätte der Zustimmung der Stadt.
- (3) Die Kirchengemeinde hat bei Bekanntwerden des Wohnsitzwechsels in eine andere Kommune eines Kindes umgehend die Stadt zu informieren. Mit dem Wegzug erlischt das Anrecht auf den bisher belegten Platz.
- (4) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass im Rahmen des Aufnahmeverfahrens keine Plätze freigehalten werden können.
- (5) Die Kirchengemeinde teilt der Stadt jeweils zu Beginn des Kindergartenjahres die Anzahl und Geburtsdaten der Kinder mit, die sich in der Einrichtung befinden. Verändert sich die Anzahl dieser Kinder im laufenden Kindergartenjahr teilt dies die Kindertagesstätte der Stadt umgehend mit.
- (6) Außerdem teilt die Kirchengemeinde der Stadt jeweils zweimal jährlich zu Beginn des Jahres und zum Beginn des neuen Kindergartenjahres die in der Einrichtung betreuten wohnortfremden Kinder mit.

- (7) Zur Weiterleitung der Landesfreistellung für Kita-Kinder von 3 Jahren bis zur Einschulung werden von der Kirchengemeinde halbjährlich Listen mit den Angaben der Kinder (Name, Anschrift und Geb.-Datum) sowie die Betreuungsmonate vorgelegt. Die Weiterleitung wird dann umgehend von der Stadt veranlasst.

§ 3 Arbeitsrahmenbedingungen der Kirchengemeinde

- (1) Die Kirchengemeinde ist für die Auswahl des Personals und den Abschluss der Dienstverträge mit dem Personal zuständig. Sie führt die Fach- und Dienstaufsicht.
- (2) Auf die Betriebsführung der Kindertagesstätte finden die kirchlichen Ordnungen und Bestimmungen, insbes. die Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO), die Kirchliche Dienstvertragsordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (KDO), sowie die Regelungen des SGB VIII in Verbindung mit den §§ 25 a ff. HKJGB in den jeweils gültigen Fassungen und der Rahmenvereinbarung Integration mit den dazugehörigen Erläuterungshinweisen für die Praxis, Anwendung.
- (3) Sofern sich aus Veränderungen der kirchlichen Rechtsgrundlagen finanzielle Mehrbelastungen ergeben, ist die Stadt nur verpflichtet diese finanziell mitzutragen, wenn sie auf die Veränderungen und deren finanzielle Auswirkungen hingewiesen wurde und den Veränderungen schriftlich zugestimmt hat. Ausgenommen von dieser Regelung sind Kostensteigerungseffekte und Tarifierhöhungen auf die die Kirchengemeinde keinen Einfluss hat.

§ 4 Kindertagesstättenausschuss

- (1) Es wird ein Kindertagesstättenausschuss der Kirchengemeinde gebildet. Die Stadt erhält 3 Sitze in diesem Ausschuss, von denen zwei stimmberechtigt sind.
- (2) Die Aufgaben des Ausschusses ergeben sich aus § 5 Abs.2-4 der KiTaVO der EKHN. Der Kindertagesstättenausschuss soll insbesondere gehört werden:
- bei der Entwicklung und Umsetzung von Qualitätsentwicklung und Perspektiventwicklung, vor allem bei der Abänderung, Ausweitung oder Einschränkung der Konzeption,
 - bei der Beratung von Grundsatzfragen der Bildung, Erziehung und Betreuung,
 - bei der Aufstellung des Haushaltsplanes,
 - bei der Einstellung von pädagogischem Personal,
 - bei der Abänderung, Ausweitung oder Einschränkung der Konzeption,
 - bei der Planung baulicher Maßnahmen und der Beschaffung von Inventar,
 - bei der Festlegung der Kriterien für die Aufnahme der Kinder,
 - bei der Festlegung der Öffnungs- und Schließzeiten,
 - bei der Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Eltern.
- (3) Die Beschlussfassung über diese Angelegenheiten obliegt nach der Kirchengemeindeordnung dem Kirchenvorstand.

§ 5 Betriebskosten der Kindertagesstätte

- (1) Zu den Betriebskosten zählen alle mit dem laufenden Betrieb der Kindertagesstätte erforderlichen Kosten. Grundsätzlich basiert die Höhe der Betriebskosten auf den Planungen der Haushaltsansätze für das jeweilige Haushaltsjahr. Kostensteigerungen aufgrund von Tarifentwicklungen und sonstige Preiseffekte sowie konzeptionelle Veränderungen in den Kindertagesstätten werden in der Planung berücksichtigt.
Betriebskosten unterteilen sich in:
- (2) Personalkosten: Hierzu zählen alle für die Einstellung, Durchführung und Beendigung eines Arbeitsverhältnisses erforderlichen Kosten gemäß §§ 20 ff. KiTaVO und der Anlage 2 zur KiTaVO. Außergerichtliche Vergleiche bedürfen der vorherigen Abstimmung mit der Kommune.

Die Personalkosten basieren auf dem kirchenaufsichtlich genehmigten Sollstellenplan für das jeweilige Haushaltsjahr. Grundlage des Stellenplans für das pädagogische Personal ist der personelle Mindestbedarf gemäß HKJGB und die zusätzlich erforderlichen Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit und Leitungstätigkeit gemäß KiTaVO. Weiterhin kann die Einrichtung eine Berufspraktikantin bzw. einen Berufspraktikanten beschäftigen oder eine Praktikumsstelle für Sozialassistenten oder FSJ einrichten. Sofern die Berufspraktikantenstelle unbesetzt bleibt, kann sie alternativ mit 2 Stellen für FSJ oder finanziell vergleichbaren Praktikumsplätzen besetzt werden.

Eventuelle weitere Personalkosten für pädagogisch tätiges Personal können im Umfang der hierfür zur Verfügung stehenden Drittmittel anfallen (z.B. Landesfördermittel nach § 32 Abs. 3 – 6 HKJGB, Mittel des zuständigen Sozialhilfeträgers für Integrationsmaßnahmen etc.).

Im Falle der Aufnahme von Kindern mit Behinderungen erfolgt eine Personalbedarfskompensation, korrespondierend mit der „Empfehlung für die Praxis – Vereinbarung zur Integration von Kindern mit Behinderungen“ von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen.

Die Personalberechnung der Sekretariatsstunden für anfallende Verwaltungsaufgaben, die Bemessung der Hauswirtschaftsstellen, der Stellen für den Reinigungs- und den Hausmeisterdienst sowie ggf. die zukünftige Bemessung der Geschäftsführung von gemeindeübergreifender Trägerschaft erfolgt nach §§ 24,25 KiTaVO i.V. mit der Anlage 2 der Verordnung.

- (3) Sachkosten, hierzu zählen alle mit dem laufenden Betrieb der Kindertagesstätte entstehenden Kostenarten, die nicht Personalkosten sind. Die Höhe der Sachkosten ergibt sich aus dem jeweiligen Haushaltsansatz. Unabhängig vom tatsächlichen Bedarf werden für einige Kostenarten rücklagefähige Sachkostenpauschalen gemäß Anlage 2 zur KiTaVO festgelegt.

§ 6 Finanzierung der Betriebskosten

- (1) Die Betriebskosten werden gem. § 5 dieses Vertrages ermittelt. Von den ermittelten Betriebskosten werden folgende Positionen in Abzug gebracht:
- a) Landeszuschüsse gemäß HKJGB:
 - § 32 Abs. 2 Grundpauschalen
 - § 32 Abs. 3 BEP-Pauschale
 - § 32 Abs. 4 Schwerpunkt-Kita-Pauschale
 - § 32 Abs. 5 Pauschalen für Kinder mit Behinderungen/Integrationsplätze
 - § 32c Landesförderung für die Freistellung vom Kostenbeitrag
 - b) Zuschüsse für Integration und Einzelintegrationsmaßnahmen durch den zuständigen Sozialhilfeträger
 - c) Verpflegungsentgelte im Umfang der Ausgaben für Lebensmittel sowie im Falle der Frischkostverpflegung für erforderliches Zusatzpersonal
 - d) sonstige Zuschüsse und Erstattungen Dritter
 - e) Rücklagenentnahmen
 - f) ggf. Spenden
- (2) Sofern Landeszuschüsse nach § 32 Abs. 3 und 4 HKJGB gewährt werden, stehen diese in voller Höhe dem Träger zur Verfügung. Der Träger nutzt die Mittel zweckentsprechend.
- (3) Von den verbleibenden Betriebskosten trägt die Kirchengemeinde einen Anteil von:

	Gruppendefinition	Altersstruktur	Kostenbeteiligung
1	Regelgruppe	3 Jahre – zum Schuleintritt	15%
2	Regelgruppe	3 Jahre – zum Schuleintritt	15%
3	Altersgeöffnete Gruppe	1 Jahr zum Schuleintritt	10%

Die Gruppeneinteilung mit Altersstruktur ist aus abrechnungsrelevanten Gründen notwendig und spiegelt nicht die pädagogische Konzeption wieder. Werden in der Einrichtung zukünftig mehr als 12 Kinder unter drei Jahren aufgenommen, wird eine weitere Gruppe mit 10% Kostenbeteiligung geführt. Hierfür bedarf es einer kirchenaufsichtlichen Genehmigung und der schriftlichen Zustimmung der Stadt.

- (4) Von dem Restbetrag werden die Elternbeiträge in Abzug gebracht. Die hiernach nicht gedeckten Betriebskosten trägt die Stadt.
- (5) Die jeweilige Haushaltskalkulation wird der Stadt spätestens bis zum 30.06. eines jeden Jahres für das Folgejahr vorgelegt. Es besteht Einvernehmen darüber, dass der jeweils gültige Stellenplan nachrichtlich den jeweiligen Haushaltskalkulationen beigelegt wird.

§ 7 Bauliche Unterhaltung und Investitionen

- (1) Die Umsetzung und Finanzierung der baulichen Unterhaltung des Gebäudes in Dach und Fach, Gebäudeversicherungen, Schönheitsreparaturen, die Pflege und bauliche Instandhaltung der Außenanlagen übernimmt die Stadt. Notwendige Neuanschaffungen, bauliche Veränderungen und Instandhaltungen sind Entscheidung und Sache der Stadt. Maßstab hierfür ist die bauliche Instandhaltung der kommunalen Einrichtungen. Der nutzungsgerechte Zustand von Gebäude und Außengelände wird zu jederzeit von der Stadt gewährleistet.
- (2) Für die zur Betriebsführung zwingend notwendige Neuanschaffungen ist eine Budgetüberschreitung im Rahmen der Betriebskostenabrechnung in Abstimmung mit der Stadt zulässig. Darunter sind insbesondere Investitionen, Reparaturen und Neuanschaffungen zu verstehen, die für den Betrieb der Kindertagesstätte gesetzlich vorgeschrieben und/oder für die Betriebsführung zwingend notwendig sind (z.B. Spülmaschine und andere Küchengeräte, Küchenmobiliar). Maßstab hierfür ist die bauliche Instandhaltung der kommunalen Einrichtungen.
- (3) Die Kirchengemeinde ist verantwortlich dafür, dass am Gebäude auftretende Schäden unverzüglich der Stadt gemeldet werden.
- (4) Die Kirchengemeinde übernimmt die Kehr- und Streupflicht auf dem Grundstück und den unmittelbar an das Grundstück angrenzenden öffentlichen Wegen.
- (5) Die Kirchengemeinde darf die Gebäude und Räumlichkeiten nicht zu anderen Zwecken als zum Betrieb einer Kindertagesstätte benutzen. Der Kirchengemeinde ist ohne Einwilligung der Stadt weder eine Untervermietung noch sonstige Gebrauchsüberlassung an Dritte gestattet.

§ 8 Beiträge und Rechte der Eltern

- (1) Für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätte werden Elternbeiträge erhoben. Die Höhe dieser Beiträge erfolgt analog der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt in der jeweils gültigen Fassung. Durch die Stadt beschlossenen Veränderungen der Gebührenordnung werden der Kirchengemeinde mindestens acht Wochen vor Inkrafttreten des Beschlusses mitgeteilt.
- (2) Die Kirchengemeinde verpflichtet sich, rückständige Beiträge und Gebühren nachzufordern. Sollte eine Beitreibung rückständiger Beiträge nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich sein, kann die Kirchengemeinde die Niederschlagung bzw. den Erlass von Forderungen beschließen. Werden die Gebühren von den Eltern zweimal nicht ordnungsgemäß bezahlt, so erlischt der Anspruch auf den bisher eingenommenen Platz.
- (3) Die Kirchengemeinde verpflichtet sich zur Einhaltung der in § 27 HKJGB normierten Rechte: Elternbeteiligung, Elternversammlung und Elternbeirat.

§ 9 Festlegung von Platzkapazitäten und Personalbedarf

- (1) Um seitens der Stadt den zu deckenden Bedarf an Betreuungsangeboten festzulegen, findet jährlich zur Abstimmung zwischen Stadt und Kirchengemeinde ein Bedarfsplanungsgespräch unter Zugrundelegung der Anmeldungen über das Onlineportal „webkita“ statt. Ziel ist die Herstellung eines Einvernehmens über das im jeweils folgenden Kindergartenjahr vorzuhaltende Platzangebot der Einrichtung gemäß § 25d HKJGB.
- (2) Sofern die Neufestlegung aufgrund konzeptioneller Veränderung (Veränderung in der Belegungsstruktur der Einrichtung im Rahmen des bestehenden Angebotes zählen nicht hierzu) zu einer Erhöhung des Personalschlüssels und damit der Kosten führt, ist die Zustimmung der zuständigen Gremien der Stadt und der Kirchengemeinde erforderlich. Die Kirchengemeinde holt jährlich eine kirchenaufsichtsbehördliche Genehmigung des erforderlichen Personalbedarfs ein.
- (3) Sofern zum 01.06. für das kommende Kindergartenjahr eine Belegung ausgewiesen wird, die einen Personalüberhang zur Folge hat, werden die überhängigen Stellenanteile mit einem kw-Vermerk versehen und kurzfristig abgebaut, soweit nicht kurzfristig eine erneute Steigerung der Belegung nachweisbar ist und somit ein zusätzlicher Personalbedarf erforderlich ist.

§ 10 Zahlungsmodalitäten

- (1) Die Stadt leistet auf Basis der seitens der Kirchengemeinde vorgelegten Haushaltsentwurfs, im maßgeblichen Haushaltsjahr ihren Kostenanteil jeweils zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des Jahres in Form von Ratenzahlungen. Über- und Unterzahlungen im vorangegangenen Haushaltsjahr werden spätestens mit der 3. Ratenzahlung des laufenden Jahres ausgeglichen. Sich ggf. mit dem Beginn des neuen Kindergartenjahres aufgrund von konzeptionellen Veränderungen und/oder einer Zunahme der Belegung ergebenden Kostensteigerungen, sind unabhängig von der vorangegangenen Kalkulation bei der Ratenzahlung im letzten Quartal zu berücksichtigen, sofern hinsichtlich der Veränderungen Einvernehmen mit der Stadt besteht.
- (2) Die Jahresabrechnung des jeweiligen Haushaltsjahres wird der Stadt bis zum 31.03. des Folgejahres vorgelegt.
- (3) Die Ausgaben richten sich grundsätzlich nach der Höhe des Gesamthaushaltsansatzes. Haushaltsüberschreitungen werden von der Stadt grundsätzlich anerkannt, wenn diese rechtzeitig seitens der Kirchengemeinde angezeigt wurden und Benehmen mit der Stadt hergestellt wurde. Nicht vorhersehbare Abweichungen werden von der Stadt anerkannt, sofern sie von der Kirchengemeinde schlüssig begründet werden.
- (4) Die Stadt ist berechtigt, die Verwendung der Zuschüsse prüfen zu lassen. Die Kirchengemeinde ist verpflichtet, alle erforderlichen Unterlagen zur Einsichtnahme der Stadt bereit zu halten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§ 11 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag gilt mit Wirkung vom 01.08.2019 bis 31.12.2022. Zugleich treten alle bisherigen Verträge und Ergänzungsverträge mit der Kirchengemeinde Westerfeld und Kirchengemeinde Hausen außer Kraft. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von zwölf Monaten zum 31. Dezember mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt wird.
- (2) Bei Weiterführung der Einrichtung nach Beendigung des Vertrags und bei Abgabe der Trägerschaft durch die Kirchengemeinde wird die Einrichtung der Stadt zur Weiterführung übergeben. Bei der Weiterführung der Kindertagesstätte in städtischer oder anderer Trägerschaft, sind die kirchlichen Mitarbeitenden in den Dienst des dann neuen Trägers zu übernehmen (§ 613a BGB).
- (3) Soweit Bezug genommen wird auf bundes- oder landesgesetzliche Vorschriften, gelten diese in der jeweils aktuellen Fassung.
- (4) Nebenabreden, Änderungen, Ergänzungen und Aufhebung des Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gleiche gilt für Zusagen, Zustimmungen, Verzichte und Vergleiche aller Art.
- (5) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Regelungen nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine

unwirksame Regelung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt.

(6) Der Vertrag bedarf der kirchenaufsichtlichen Genehmigung der EKHN.

Neu-Anspach, den

Der Magistrat

Der Kirchenvorstand der
Ev. Kirchengemeinde Hausen

Thomas Pauli
Bürgermeister

Vorsitzende des Kirchenvorstands

Dr. Gerriet Müller
1. Stadtrat

Mitglied des Kirchenvorstands

(Siegel)

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

- 3.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neu-Anspach (ISEK 2040)**
- 1. Leitmotive als Wegweiser**
 - 2. Festlegung von weiteren Planungs- und Umsetzungsschritten**
 - 3. Bestimmung der Siedlungs- und Gewerbeflächen zur Anmeldung bei der Neuaufstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes**
- Vorlage: 36/2019**

Es fand keine Beratung statt.

Beschluss:

Entfällt.

Beratungsergebnis:

- 3.4 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neu-Anspach (ISEK 2040)
-Ergänzung zur Vorlage XII/36/2019: Stellungnahmen der Arbeitsgruppen**
Vorlage: 85/2019

Es fand keine Beratung statt.

Beschluss:

Entfällt.

Beratungsergebnis:

- 3.5 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neu-Anspach (ISEK 2040)**
1. Leitmotive als Wegweiser

2. Festlegung von weiteren Planungs- und Umsetzungsschritten

3. Bestimmung der Siedlungs- und Gewerbeflächen zur Anmeldung bei der Neuaufstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes

Vorlage: 141/2019

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass sie der vorliegenden Vorlage nicht zustimmen können, weil nicht ersichtlich ist, inwieweit die Rückmeldungen der einzelnen Arbeitsgruppen eingearbeitet wurden. Die eingeladenen Sprecher der jeweiligen Arbeitsgruppen bestätigen diese Auffassung.

Um Transparenz und Kommunikation für alle auf denselben Informationsstand zu bringen, soll nur eine einzige Vorlage erarbeitet werden. Weiterhin soll hierfür eine Sondersitzung aller Ausschüsse, gemeinsam mit den Sprechern der Arbeitsgruppen und Frau Schade vom Planungsbüro, stattfinden.

Wichtig ist den Ausschussmitgliedern, dass im Bau- und Finanzausschuss die Flächen gemäß der Vorlage Nr. 141/2019 beraten und beschlossen werden.

Weiterer Hinweis ist, dass in der Vorbereitung der Sondersitzung darauf geachtet wird, dass erforderliche Unterlagen, alle zeitnah und in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Zur Diskussion des ISEK 2040 wurde von Frau Monika Henrici und Herrn Thomas Roepke darauf hingewiesen, dass die sozialen Aspekte nicht vergessen werden sollen. Hierzu wird auf die Anlage „Soziale Aspekte zum ISEK 2040“ verwiesen. Diese sollen in die Sondersitzung mit einfließen.

Beschluss:

Es wird beschlossen eine Sondersitzung aller Ausschüsse mit den Sprechern der Arbeitsgruppen, sowie Frau Schade, zu organisieren und durchzuführen.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4. Mitteilungen des Magistrats

Beschluss

Beratungsergebnis:

4.1 Mitteilungen des Magistrat Vorlage: 139/2019

Mitteilung:

1. Waldschwimmbad

Zum ersten Mal hat ein ermäßigter Vorverkauf für Saisonkarten für das Waldschwimmbad bereits ab Schließung des Waldschwimmbades im September 2018 stattgefunden. Im Jahr 2018 wurde keine Karte für die Saison 2019 verkauft.

Vom 14. März bis einschließlich 12. April hat es eine Oster-Sonderrabattaktion gegeben (ca. 30% Ermäßigung auf die Saisonkarten). In diesem Zeitraum wurden insgesamt 532 Saisonkarten für Erwachsene und 227 Saisonkarten für Kinder & Jugendliche verkauft.

Im gesamten anderen Zeitraum mit einer Rabattierung von 10% wurden insgesamt 120 Saisonkarten für Erwachsene, sowie 56 Saisonkarten für Kinder & Jugendliche verkauft.

Davon 52 Saisonkarten für Erwachsene, sowie 39 Saisonkarten für Kinder und Jugendliche am 1. Mai.

Insgesamt wurden aus dem Saisonkartenvorverkauf 37.584,75 € eingenommen.

2. Kindertagesstätten

Die Verwaltung wurde vom Arbeitskreis „Kitas“ gebeten, verschiedene Punkte aufzubereiten. Ursprünglich war es nicht geplant, zu einer weiteren Sitzung des AK „Kitas“ einzuladen. Auf Wunsch verschiedener Teilnehmer ist jetzt doch für den 24.06.2019 eine Sitzung vorgesehen, zu der rechtzeitig eingeladen werden wird. Zu den folgenden Punkten werden in dieser AK-Sitzung und im Anschluss auch im Magistrat und Sozialausschuss Ergebnisse vorgestellt:

a) Evaluation zur Moduleinführung Kitas u.a.

Die Einführung der Module in den Kindertagesstätten ist zum 01.08.2018 erfolgt. Ab diesem Zeitpunkt bis März 2019 wurden die gebuchten Module in den einzelnen Kitas erfasst. Die durchschnittliche Belegung sowie die Erfahrungen, Wünsche und Anregungen der Kitas wurden in einer Übersicht dargestellt

b) Abfrage Früh- und Spätmodule in den Kitas

Ein Ergebnis des Arbeitskreises „Kitas“ war es, bei den Eltern den Bedarf zur Einführung eines Früh- und/oder Spätmoduls abzufragen. Diese Abfrage ist erfolgt und dokumentiert.

c) Ausweitung der Betreuungszeit der Hessenparkgruppe „Pitsche Dappcher“

Die Verwaltung wurde im AK „Kitas“ weiter beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, für die Hessenparkgruppe „Pitsche Dappcher“ eine Nachmittagsbetreuung mit Mittagstischversorgung anzubieten. Auch hierzu wird es eine Berichterstattung geben.

3. Kirchengebäude Usinger Straße 51

Nachdem der Kirchenvorstand den Umzug der Ev. Kita Westerfeld nach Hausen beschlossen hat, ist die Verwaltung über die künftige Nutzung des Kirchengebäudes Usinger Straße 51 im Gespräch mit der Kirchengemeinde Westerfeld. Aktuell werden verschiedene Möglichkeiten geprüft. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, werden die städtischen Gremien informiert.

Beratungsergebnis:

5. Anfragen und Anregungen

Es wurde ein Frage zum aktuellen Sachstand der städt. Hortgruppen gestellt: Herr Vogel antwortet hierzu, dass aktuell von 4 Hortgruppen 2 umgebaut wurden. Die Hortgruppe in der Kita Rasselbande wurde zur altersgemischten Gruppe (ein Jahr bis Schuleintritt) und die Hortgruppe im Abenteuerland wurden zur Kindergartengruppe umgewandelt.

Hintergrund hierfür war die geringe Auslastung der beiden Hortgruppen (die Belegung für das Kindergartenjahr 2019/20 war unter 50%).

Im Vorlauf zu dieser Umwandlung erfolgten Gespräche mit Eltern, Elternbeiräten und dem Hochtaunuskreis als Träger der Betreuungsangebote in den Grundschulen.

Anlage

Sandra Zunke
Ausschussvorsitzende

Frank Vogel
Schriftführer

Soziale Aspekte zum ISEK 2040

Im Rahmen der Daseinsfürsorge hat eine Stadt die Aufgabe, grundlegende Infrastrukturangebote sicherzustellen. Zur Attraktivität und Lebensqualität einer Stadt trägt maßgeblich bei, dass die unterschiedlichen Zielgruppen von einem breitgefächertem sozialem Infrastrukturangebot angesprochen werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Baustein, um das gesellschaftliche und kulturelle Leben einer Stadt sichern zu können.

Neu-Anspach hat zahlreiche unterschiedliche Angebote der Bildung, Inklusion, Integration und Beratung.

Vielen Bürgern ist die Vielfalt der Angebote nicht bekannt, Informationen müssen effizienter und zielgerichteter werden.

Ein guter Schritt dorthin ist das Generationen-Netzwerk Neu-Anspach. Netzwerkpartner sind zurzeit u. a. BUND, basa, GANZ Familienzentrum, Stadt Neu-Anspach, Seniorenbeirat, ZAK Generationenhilfe, Arbeitskreis Flüchtlinge, VdK, Caritas-Zentrum. Das Netzwerk kann jederzeit durch weitere Partner erweitert werden.

Die unterschiedlichen Angebote werden gemeinsam beworben, Ressourcen können gebündelt werden und eine Vernetzung des Engagements ist möglich.

Alle Beteiligten werden von der Verwaltung adäquat informiert, damit die soziale Infrastruktur erhalten und entwickelt werden kann. Dazu sind aktuelle Sachstandberichte und Bedarfsplanungen zu erstellen und zu kommunizieren.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht immer langfristig ausgerichtet, sondern kann auch in zeitlich begrenzten Projekten verstärkt gefördert werden. Es besteht von Seiten der Bürger Interesse an gemeinsamen Aktionen um Neu-Anspach schöner zu gestalten (z. B. Müllsammelaktion "Sauberes Neu-Anspach oder Initiative "Neu-Anspach blüht auf").

Neu-Anspach, den 4.Juni 2019

Monika Henrici

Thomas Roepke